

Michael Bloss, Verhandlungsführer für die Grünen im EU-Parlament zum EU-Klimagesetz:

“Wir haben es schwarz auf weiß: ein Klimaziel von 60 Prozent weniger Treibhausgase bis 2030 ist ein Boost für die Wirtschaft. Das schafft über eine Millionen mehr Jobs und führt uns aus der corona-bedingten Wirtschaftskrise. So bekommen wir die Klima- und Corona-Krise gleichzeitig in den Griff.

Die Wirtschaft wird von ambitionierter Klimapolitik stark profitieren. Dazu braucht es Leitplanken wie den Kohleausstieg und das Ende des Verbrennermotors bis 2030. Gleichzeitig steuern wir auf 100 Prozent Erneuerbare zu, leiten die politisch notwendige E-Wende in der Automobilindustrie ein und schaffen die Grundlage für Zukunftstechnologien. Damit umgehen wir den Nokia-Moment – gestern noch der Renner, morgen vergessen.

Bislang aber warten wir in den Verhandlungen zum Klimaziel seit Monaten auf konstruktive Vorschläge von der EU-Kommission oder dem Rat. Meine Geduld ist am Ende. Die EU-Kommission und der Rat verhalten sich undemokratisch, wenn sie den Beschluss des Parlamentes zum Klimaziel ignorieren. Blumige Worte des Klima-Kommissars Timmermans oder des EU-Rates angesichts des Klimanotstandes helfen uns nicht weiter. Wir brauchen mutige Entscheidungen.”

ENG:

"It's official - We no longer need to decide between a climate safe planet and economic prosperity. Achieving emission reductions of 60 percent by 2030 is a boost for the economy and would create over a million new jobs. This is how we act on climate and recover from the Covid pandemic.

The economy overall will benefit greatly from ambitious climate policies. But this will mean that some industries will need to go, and be replaced by new, cleaner and greener industries. We need a phase-out of coal and the internal combustion engine by 2030, which is to be replaced by 100 percent renewable energy, electric mobility and a shift to more public transport. By committing whole heartedly, we avoid Europe following in the footsteps of Nokia - yesterday's big hit, tomorrow forgotten.

So far however, the EU Commission and Council have not wanted to compromise, but dogmatically stick to their weak target full of loopholes. Their take it or leave it attitude must change if a deal on the climate law is to be achieved. Flowery words from Climate Commissioner Timmermans or the EU Council in the face of the climate emergency do not help us. We need bold decisions."

Starkes Klimaziel stärkt die Wirtschaft

Ein Klimaziel von 60 Prozent weniger Treibhausgase bis 2030 ist besser für die Wirtschaft, als weniger Klimaschutz. Das berechnet Studie von *Cambridge Econometrics*. Die Aussagen sind eindeutig:

- Die Wirtschaft würde EU-weit bis 2030 um **1,8 Prozent mehr wachsen** im Vergleich zu einem geringeren Klimaziel von 55 Prozent. Das ist getragen durch:
 - Eine Investitionsoffensive von zusätzlichen 112 Milliarden Euro bis 2030 – also gerade einmal 12 Milliarden pro Jahr oder 3 Prozent mehr als bei einem Klimaziel von minus 55 Prozent-Ziel.
- Es würden über **1 Million mehr neue Jobs entstehen** – beispielsweise bei den Erneuerbaren oder der E-Mobilität.
- Durch ein verschärftes Klimaziel von minus 60 Prozent Treibhausgase bis 2030 **profitieren vor allem niedrige Einkommensgruppen**. Insgesamt aber profitieren alle Haushalte. Günstige Strompreise und hohe Energieeffizienzen finanziert durch eine CO₂-Steuer und die Einnahmen aus dem Emissionshandel sind hier die Treiber.
- Die **Energieabhängigkeit vom EU-Ausland** und die damit verbundenen Kosten würden sinken. Um rund 20 Milliarden Euro 2030.

Was muss geschehen, damit die Emissionen bis 2030 um minus 60 Prozent sinken?

- Der Kohleausstieg muss EU-weit bis 2030 vollzogen sein – in Polen bis 2035.
- Der Verkehr muss liefern. Das Verbrenneraus bis 2030 ist machbar, wie Daimler, Volvo, VW & Co auch schon selbst fordern oder angekündigt haben.
- Das bedingt einen Zuwachs von Erneuerbaren Energien um rund 80 Prozent.
- Die Reformen müssen dieses Jahr beginnen. Die Zeit für Verzögerungen ist knapp bemessen.

Hintergrund zum 4. Trilog Wo stehen wir bei den Verhandlungen?

- **Klimaziel 2030**
 - Die Staats und Regierungschef*innen haben grünes Licht für ein Klimaziel von -55 Prozent netto Einsparungen gegeben. Bislang weichen auch die Umweltminister*innen davon nicht ab. Das EU-Parlament fordert -60 Prozent ohne Senken mit einzuberechnen.
 - Szenarien könnten sein:
 1. Der Rat rückt nicht von seinem Vorschlag ab: netto -55%

- 2. Der Rat strafft das Ziel: - 55% ohne "Netto", also ohne Senken.
- 3. Der Rat bleibt bei -55% und gibt ein zusätzlich ein Senken-Ziel.
- Problem: es gibt keine Instrumente zur Messung des Zusatzziels. Zu viele Unbekannte in der Formel. Brennt ein Wald ab, schlägt sich das auf das Ziel aus und es muss woanders nachgebessert werden.
- **Klimarat**
 - Der EU-Rat ist offen für die Einrichtung eines Netzwerks nationaler wissenschaftlicher Beratungsgremien mit einem Netzwerk auf europäischer Ebene und nationalen Vertreter*innen. Dieses Gremium wäre jedoch nicht in der Lage, unabhängig zu wählen, wo es eine Stellungnahme abgibt oder Ratschläge erteilt. Als solches ist es also nicht unabhängig in seiner Zusammensetzung und kann nicht unabhängig handeln.
 - Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Schwedens, Dänemarks, Finnlands, Österreichs und Luxemburgs sind dafür, sich der Position des Europäischen Parlaments anzunähern und ein unabhängiges europäisches Gremium zu schaffen. Spanien, Italien und die mittelosteuropäischen Regierungen unterstützen den Vorschlag der portugiesischen Ratspräsidentschaft.
 - Die EU-Kommission ist hier weiterhin zurückhaltend und sieht die notwendige Unabhängigkeit und Fachkompetenz bereits bei sich selbst bzw. bei der Europäischen Umweltagentur vorhanden.
- **Treibhausgas-Budget**
 - Die polnische Regierung hat vorgeschlagen, ein Treibhausgas-Budget festzulegen, nachdem die EU ihre Klimaziele vereinbart hat. Dies würde jedoch den Zweck der Festlegung eines Treibhausgas-Budgets zunichte machen und hätte wenig bis gar keinen Wert, um sicherzustellen, dass die EU ihre Emissionen im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel reduziert.
 - Schweden, Dänemark, Finnland, Österreich und Luxemburg, haben sich gegen den Vorschlag gewehrt. Bislang aber gab es wenig Zugkraft in Richtung eines wissenschaftlichen Treibhausgas-Budget-Ansatz, der auch das Gerechtigkeitsprinzip des Pariser Klimaabkommens berücksichtigt.
 - Das Europaparlament sieht vor, dass die Kommission bis Dezember 2021 ein Treibhausgas-Budget für die EU27 vorliegt. Dieses soll beschreiben, wie viele Tonnen an CO₂ und anderen Treibhausgasen in der EU bis zum Jahr 2050 insgesamt noch ausgestoßen werden darf, ohne die Temperaturerwärmung über der Festlegung des Pariser Abkommen zu überschreiten.
 - Das EU-Parlament verbindet das Treibhausgas-Budget mit dem Klimaziel für das Jahr 2040. Dieses soll im Mai 2023 festgelegt werden.
- **Recht auf Klimaschutz**
 - Der EU-Rat verhält sich bislang ablehnend zum Vorschlag. Die EU-Kommission soll zum Recht auf Klimaschutz einen Kompromissvorschlag schreiben der wahrscheinlich beim nächsten Trilog diskutiert wird.
- **Verbot fossiler Subventionen**
 - Zwar sah schon 1997 das Kyoto-Protokoll vor, dass die fossilen Subventionen ein Ende finden müssen, doch getan hat sich hier bislang

nichts. 2010 versprach die EU ein Ende dessen, der Rat aber – und auch die Kommission – verharren hier aber in Stillschweigen.

- Ein Problem beim Verbot von Subventionen für fossile Brennstoffe ist unter anderem, dass die Regierungen unterschiedliche Definitionen von Subventionen für fossile Brennstoffe haben und daher nur wenige Daten über Subventionen verfügbar sind. Um Subventionen für fossile Brennstoffe abzuschaffen, muss die EU definieren, was darunter zu verstehen ist, und von den EU-Regierungen verlangen, genaue Daten zu sammeln und zu veröffentlichen.

Wo gab es schon Kompromisse?

- Bislang gab es nur Kompromisse zu Erwägungsgründen und kosmetischen Teilen des EU-Klimagesetzes. Der EU-Rat war nicht in der Lage, vernünftige Ansätze zu den Prioritäten des EU-Parlaments wie dem Klimaziel, dem wissenschaftlichen Beratungsgremium für das Treibhausgas-Ziel oder den Subventionen für fossile Brennstoffe zu finden.

Strong climate target strengthens the economy

- A climate target of 60 percent less greenhouse gases by 2030 **is better** for the economy than less climate protection. This is the result of a study by *Cambridge Econometrics*. The findings are clear:
 - The economy would **grow by 1.8 percent** more across the EU by 2030 compared to a lower climate target of 55 percent. This is driven by:
 - An investment drive of an additional 112 billion euros by 2030 - just 12 billion per year, or 3 percent more than a minus 55 percent climate target.
 - **Over 1 million more new jobs** would be created - for example in renewables or e-mobility.
 - A more stringent climate target of minus 60 percent greenhouse gases by 2030 would **benefit low-income groups in particular**. Overall, however, all households benefit. Favorable electricity prices and high energy efficiency financed by a CO2 tax and the revenues from emissions trading are the drivers here.
 - **Energy dependence** on other EU countries and the associated costs would fall. By around 20 billion euros in 2030.

What needs to happen for emissions to fall by minus 60 percent by 2030?

- The coal phase-out must be completed EU-wide by 2030 - in Poland by 2035.
 - Transportation must deliver. The phase-out of combustion engines by 2030 is feasible, as Daimler, Volvo, VW and others have already demanded or announced.
 - This requires an increase in renewable energies of around 80 percent.
 - The reforms must start this year. There is little time for delays.
-

Background

Where are we in the negotiations?

- **Climate Target 2030**
 - The heads of state and government have given the green light for a climate target of -55 percent net savings. So far, the environment ministers have not deviated from this target. The EU Parliament is calling for -60 percent without including sinks.
 - Scenarios could be:
 - 1. EU Council does not move away from its proposal: net -55%.
 - 2. EU Council tightens the target: -55% without "net", i.e. without sinks.
 - 3. EU Council sticks to -55% and gives an additional sinks target.
 - Issue: there are no instruments to measure the additional target. Too many unknowns in the formula. If a forest burns down, this will affect the target and improvements will have to be made elsewhere.
- **ECCC**
 - Council is open to establishing a network of national scientific advisory bodies with a network at European level with national representatives. This body would however not be able to independently choose where it issues an opinion or give advice. As such it is therefore not independent in its make up and can not independently act. Therefore the proposal is not fit for purpose.
 - The German, French, Swedish, Danish, Finish, Austrians, and Luxembourgish governments are in favour of moving towards the European Parliament position to establish an independent European body. Spain, Italy and central Eastern European governments are backing the Portugese Presidencies proposal.
 - The EU-Commission remains cautious in this respect and considers that the necessary independence and expertise are already available within itself or at the European Environmental Agency.
- **GHG-Budget**
 - The Polish government has proposed to set a Greenhouse gas budget after the EU has agreed its climate targets. This however would defeat the purpose of defining a greenhouse budget and would have little to no value in ensuring the EU reduces emissions in line with the 1.5C objective. This proposal has received some traction in the Council.
 - A group of governments including Sweden, Denmark, Finland, Austria and Luxembourg have been pushing back against the proposal, but so far there has been little appetite for a truly scientific GhG budget approach that also takes the equity principle of the Paris climate agreement into account.
 - The European Parliament wants the EU-Commission to present a greenhouse gas budget for the EU27 by December 2021. This is to describe how many tons of CO2 and other greenhouse gases may still be emitted in the EU by the year 2050 without exceeding the temperature increase specified in the Paris Agreement.
 - The EU Parliament links the greenhouse gas budget to the climate target for 2040, which is to be set in May 2023.
- **Access to Justice**

- The EU Council has so far rejected the proposal. The EU Commission is to write a compromise proposal on the right to climate protection, which will probably be discussed at the next trilogue.
- **Ban on fossil subsidies**
 - Although the Kyoto Protocol stipulated as early as 1997 that fossil fuel subsidies must come to an end, nothing has been done about this so far. In 2010, the EU promised an end to this, but the Council - and also the Commission - have remained silent.
 - A Problem in banning fossil fuel subsidies is also that governments have different definitions of fossil fuel subsidies and data availability of subsidies is therefore quite few and far between. To remove fossil fuel subsidies, the EU will need to define what it means and require EU governments to collect and publicize precise data.

Where have there been compromises?

- So far there have only been compromises on recitals and cosmetic pieces of the EU climate law. The Council has not been able to come up with sensible approaches on Parliament priorities such as the climate target, greenhouse gas target scientific advisory body or fossil fuel subsidies.
-